

4.2 Arbeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.09.2026
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

Text

8492 Wir GRÜNE treten ein für eine Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen konsequent
8493 ins Zentrum stellt. Alle Menschen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben
8494 in Freiheit, Würde und Sicherheit – ohne Kompromiss. Wachsende Ungleichheit,
8495 gesellschaftliche Spaltung und eine neue Arbeitswelt stellen uns vor große
8496 Herausforderungen. Wir GRÜNE sind überzeugt: Wir können ihnen als Gesellschaft
8497 nur gemeinsam begegnen. Dafür setzen wir auf soziale Sicherung und starke
8498 Institutionen, gesellschaftliche Teilhabe und gute Arbeit.

8499 Soziale Sicherung muss Menschen verlässlichen Rückhalt geben und Leistungen
8500 tatsächlich ankommen. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen für den Abbau von
8501 Bürokratie und strukturellen Hürden ein. Niedrigschwellige Beratungsangebote und
8502 diskriminierungsfreie Zugänge sollen Teilhabe und gleichwertige
8503 Lebensverhältnisse sichern und vor Armut schützen – besonders auch im ländlichen
8504 Raum.

8505 Klar ist: Soziale Sicherung, Inklusion und Chancengleichheit sind für uns keine
8506 leeren Versprechen, sondern das Fundament für eine offene, solidarische und
8507 sozialgerechte Gesellschaft. Unsere sozialpolitischen Forderungen ziehen sich
8508 daher von Bildung über Inklusion bis Klimaschutz konsequent durch alle Kapitel
8509 unseres Wahlprogrammes.

8510 Wir werden:

- 8511 1. die Tarifbindung in Schleswig-Holstein stärken, indem wir das Tariftreue-
8512 und Vergabegesetz wiedereinführen.
- 8513 2. geteilte Führung in der Landesverwaltung durch Tandem-Ausschreibungen
8514 ermöglichen.
- 8515 3. Gewerkschaften und Tarifpartnerschaft als demokratische Kraft stärken.
- 8516 4. Beratungs- und Kontrollstrukturen stärken und sicherstellen, dass Arbeits-
8517 und Sozialstandards konsequent eingehalten.
- 8518 5. Schleswig-Holstein zur Modellregion für zukunftsfähige Arbeitszeitmodelle
8519 wie eine 4-Tage-Woche machen.

8520 4.2.1 Gute Arbeit fördern, faire Bezahlung sichern

8521 Faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und zeitgemäße Arbeitsmodelle sind für uns
8522 unverzichtbar und sollen Menschen in die Lage versetzen, ihre Lebensgrundlage zu
8523 sichern und selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben
8524 teilzuhaben. Prekäre und diskriminierende Arbeitsstrukturen, die nicht zum Leben
8525 reichen, ausbeuten, krank machen oder Menschen im Alter oder trotz
8526 Erwerbstätigkeit in Armut stürzen, lehnen wir GRÜNE ausdrücklich ab.

8527 Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte sind gute Arbeit und faire Löhne
8528 entscheidende Faktoren – für eine solidarische Gesellschaft und den
8529 Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Wir GRÜNE setzen uns auf Bundesebene für
8530 eine Reform und Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ein, der Arbeit
8531 wertschätzt und Menschen vor Erwerbsarmut schützt. Auf Landesebene werben wir
8532 für starke tarifrechtliche Bindungen und Verträge.

8533 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Arbeitgeber*innen
8534 Sozialversicherungsbeiträge auch bei Minijobs in voller Höhe tragen und
8535 geringfügig Beschäftigte einen Anspruch auf Kranken- und Arbeitslosengeld
8536 erhalten.

8537 Auch bei Haushaltsarbeit in Privathaushalten fordern wir den Bund auf, aktiv zu
8538 werden: Zum Beispiel durch an das ehemalige Haushaltscheckverfahren angelehnte
8539 Möglichkeiten, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzumelden und durch
8540 vereinfachte Prüfverfahren – ohne bürokratischen Aufwand.

8541 In Schleswig-Holstein setzen wir außerdem auf Qualifizierung statt Resignation –
8542 besonders in Branchen, für die Saisonarbeit und Niedriglöhne prägend sind. Durch
8543 gezielte Qualifizierungs- und Beratungsangebote wollen wir Beschäftigte aus dem
8544 Niedriglohnsektor heraushelfen und Unternehmen dabei begleiten, Arbeitskräfte
8545 durch bessere Arbeitsbedingungen langfristiger zu binden.

8546 4.2.2 Tariftreuegesetz

8547 Schleswig-Holstein liegt bei der Tarifbindung noch immer unter dem
8548 Bundesdurchschnitt. Das wollen wir ändern: Auf Landesebene wollen wir GRÜNE die
8549 Tarifbindung als Kernelement der sozial-ökologischen Marktwirtschaft stärken und
8550 die Möglichkeiten der öffentlichen Hand hierfür gezielt nutzen. Für uns gilt:
8551 Gutes Geld für gute Arbeit.

8552 Wer öffentliche Aufträge erteilt, trägt Verantwortung gegenüber den
8553 Beschäftigten, der Gesellschaft und einem fairen Wettbewerb. Wir wollen, dass
8554 das Land Schleswig-Holstein und seine Kommunen diese Verantwortung wahrnehmen
8555 und öffentliche Mittel nur an Unternehmen vergeben, die faire Löhne und
8556 tarifliche Standards einhalten – für ein sozial verantwortliches Vergaberecht.

8557 Was auf Bundesebene mit der Zustimmung zur Einführung eines
8558 Bundestariftreuegesetzes erreicht wurde, wollen wir auch im Land konsequent
8559 umsetzen: Deshalb werden wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz für Schleswig-
8560 Holstein wiedereinführen und sicherstellen, dass Aufträge des Landes und der
8561 Kommunen nur an Unternehmen gehen, die faire tarifliche Arbeitsbedingungen
8562 garantieren.

8563 Damit beenden wir einen Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen:
8564 Dumpinglöhne, die am Ende über staatliche Transferleistungen wie Grundsicherung
8565 oder Wohngeld aufgestockt werden müssen, dürfen nicht länger durch öffentliche
8566 Aufträge subventioniert werden.

8567 Außerdem unterstützen wir Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von
8568 Tarifverträgen in Branchen mit besonders niedriger Tarifbindung, wie etwa der
8569 Gastronomie, und wollen Gewerkschaften als demokratische Stimme der
8570 Arbeitnehmer*innen im Land systematisch stärken.

8571 4.2.3 Arbeitszeitmodelle zukunftsfähig gestalten

8572 Unsere Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Ob Fachkräftewettbewerb,
8573 Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Klimawandel oder flexible
8574 Erwerbsbiographien und der Wunsch nach Sinnstiftung – als GRÜNE wollen wir die
8575 Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen und gerechten Arbeitsmarkt im Land
8576 aktiv gestalten und Schleswig-Holstein zur Modellregion für innovative und
8577 attraktive Arbeitszeitmodelle machen.

8578 Arbeit soll nicht nur wirksam vor Erwerbsarmut schützen, sondern Menschen die
8579 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gleichwertige
8580 Lebensverhältnisse ermöglichen – in der Stadt und auf dem Land.

8581 Flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle sind schon jetzt in vielen Bereichen eine
8582 Möglichkeit, um Menschen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.
8583 Das betrifft besonders Menschen, die aufgrund von Care-Arbeit keiner
8584 Vollzeitbeschäftigung nachgehen können. Auch nach Krankheit oder beruflicher
8585 Auszeit können flexible Arbeitszeitmodelle einen guten Rahmen für den
8586 Wiedereinstieg in das Arbeitsleben bieten. Dabei haben wir besonders auch
8587 flexible Ausbildungsmodelle in Teilzeit für junge Menschen im Blick.

8588 Diese Modelle wollen wir gemeinsam mit den Beschäftigten, Unternehmen, Kammern
8589 und Gewerkschaften regulatorisch und arbeitsschutzrechtlich stärken und
8590 flächendeckend ausweiten. Job, Ausbildung oder Aufstiegschancen dürfen nicht an
8591 starren Strukturen und Care-Arbeit scheitern.

8592 Gleitzeit, Job-Sharing, Arbeiten von Zuhause, mobiles Arbeiten und Co-Working
8593 sind in einigen Branchen längst zum Alltag geworden. Noch immer aber haben nicht
8594 alle Beschäftigten die Möglichkeit, Arbeit besser mit persönlichen,
8595 gesundheitlichen oder familiären Bedarfen zu vereinbaren. Wir GRÜNE setzen uns,
8596 wo es möglich ist, für flexiblere Arbeitsmodelle ein. Wir wollen, dass
8597 Arbeitgeber*innen flexiblere Arbeitszeiten und berufliche Auszeiten ermöglichen.
8598 Dabei denken wir auch die Anpassung arbeitsschutzrechtlicher Regelungen mit. Wir
8599 lehnen Flexibilisierung ab, wenn sie zu Lasten des Arbeitnehmer*innenschutzes
8600 geht und werden auf Bundesebene keine Verschlechterungen mittragen.

8601 Digitalisierung, KI und automatisierte Prozesse verändern die Art, wie wir in
8602 Zukunft arbeiten werden. Als GRÜNE sehen wir Chancen und Risiken dieser
8603 Entwicklung gleichermaßen. KI kann Beschäftigte von monotoner Arbeit entlasten
8604 und Zeit für kreativere und erfüllendere Aufgaben schaffen, ohne dass es zum
8605 Abbau von Stellen kommt. Digitalisierung und der Einsatz von KI können außerdem
8606 einen Beitrag leisten, dem Fachkräftemangel durch die demographische Entwicklung
8607 entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird es durch den Einsatz von KI massive
8608 Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geben, mit noch nicht vollständig absehbaren
8609 Folgen für unsere Gesellschaft. Auch der Ressourcenverbrauch von KI-
8610 Rechenzentren ist enorm und macht technologische Effizienzgewinne der letzten
8611 Jahre zunichte. Diese Entwicklung begleiten wir kritisch. KI darf daher nicht
8612 die Antwort auf alles sein, sondern sollte gezielt dort eingesetzt werden, wo
8613 sie einen echten Mehrwert bietet, Arbeitnehmer*innen entlastet und aufwendige
8614 Arbeitsschritte oder Rechenprozesse beschleunigen kann.

8615 Auf Bundesebene werden wir uns für Initiativen zur Erprobung der 4-Tage-Woche
8616 einsetzen. Diese Modelle könnten ermöglichen, Produktivitätsgewinne durch
8617 Automatisierungen und künstliche Intelligenz für kürzere Arbeitszeiten bei

8618 vollem Lohn zu nutzen. Auf Landesebene wollen wir durch entsprechende Regelungen
8619 dabei aktiv vorangehen und Unternehmen im Land ermutigen, derartige
8620 Pilotprojekte zu testen.

8621 Zeitgleich setzen wir uns dafür ein, klare rechtliche Rahmen- und
8622 Ausgleichsbedingungen zu schaffen, um Arbeitnehmer*innenrechte zu stärken und
8623 wachsender Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt entgegenzutreten.

8624 4.2.4 Arbeitsschutz und faire Arbeit

8625 Wir setzen uns für unabhängige Beratung und wirksamen Schutz vor Ausbeutung und
8626 unfairen Arbeitsbedingungen ein. Menschen, die zum Arbeiten nach Deutschland
8627 kommen und deren Aufenthalt von ihrem Arbeitsvertrag abhängt, können sich in
8628 besonderen Abhängigkeitsverhältnissen gegenüber Arbeitgeber*innen oder
8629 Vermittlungsagenturen befinden. Deshalb wollen wir Beratungs- und
8630 Kontrollstrukturen stärken und sicherstellen, dass Arbeits- und Sozialstandards
8631 konsequent eingehalten werden.

8632 4.2.5 Gut Arbeiten für das Land

8633 Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens und leistet einen
8634 unverzichtbaren Beitrag für die Bürger*innen in unserem Land. Wer für die
8635 Gesellschaft arbeitet, verdient eine faire und verlässliche Bezahlung –
8636 unabhängig vom Beschäftigungsstatus.

8637 Schleswig-Holsteins Landesverwaltung muss aktiv vorangehen und Vorbild werden
8638 für moderne Arbeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken und
8639 Kontinuität beim Ausfall von Führungskräften zu ermöglichen, setzen wir GRÜNE
8640 uns für mehr Führungsverantwortung auch in Teilzeit ein. Jobsharing in
8641 Führungspositionen soll kein Einzelfall bleiben, sondern gelebte Normalität.
8642 Geteilte Führung in der Verwaltung kann den Wissenstransfer erleichtern und bei
8643 der Gewinnung von Nachwuchskräften unterstützen – besonders im Rahmen des
8644 Generationenwechsels.

8645 Deshalb soll mindestens die Hälfte der Führungspositionen in der
8646 Landesverwaltung künftig auch als Tandem-Option ausgeschrieben werden. Um
8647 Übergabezeiten und notwendige Doppelbesetzungen zu finanzieren, stellen wir ein
8648 Zusatzbudget nach dem 120-Prozent-Modell bereit. So schaffen wir die
8649 strukturellen Voraussetzungen, damit geteilte Führung nicht nur auf dem Papier
8650 existiert, sondern Wirklichkeit wird.

8651 Beamt*innen in Schleswig-Holstein sollen frei wählen können, ob sie sich privat
8652 oder gesetzlich krankenversichern – und zwar ohne bürokratische Hürden und
8653 finanzielle Nachteile. Wir GRÜNE haben erreicht, dass neue Beamt*innen sich
8654 freiwillig gesetzlich krankenversichern können und dafür, wie andere
8655 Tarifbeschäftigte auch, einen Zuschuss des*r Arbeitgebers*in erhalten. Das
8656 wollen wir ausweiten. Bürokratische Regelungen und Nachweispflichten sollen in
8657 Anlehnung an das „Hamburger Modell der pauschalen Beihilfe“ vereinfacht und das
8658 Angebot über geeignete Landeskanäle bekannter gemacht werden – für mehr
8659 Wahlfreiheit im öffentlichen Dienst.

8660 4.2.5.1 Das Land als attraktiver Arbeitgeber

8661 Wir setzen uns dafür ein, dass das Land künftig ein attraktiver und moderner
8662 Arbeitgeber bleibt. Gute Arbeit im öffentlichen Dienst braucht faire Bezahlung,
8663 verlässliche und gute Rahmenbedingungen sowie Entwicklungsperspektiven. Auch
8664 studentische Beschäftigte behalten wir im Blick: Innerhalb der Tarifgemeinschaft
8665 der deutschen Länder setzen wir uns erneut für einen Tarifvertrag für
8666 studentisch Beschäftigte ein, um auch für sie verbindliche Rahmenbedingungen zu
8667 sichern, etwa eine Mindestlaufzeit für Verträge. Der enge und verlässliche
8668 Dialog mit den Gewerkschaften ist für uns zentral – und bleibt es auch künftig.
8669 Gemeinsam entwickeln wir den öffentlichen Dienst weiter. Gleichzeitig treiben
8670 wir die Modernisierung der Verwaltung voran – digital, effizient und
8671 bürger*innennah. So sichern wir Leistungsfähigkeit, gewinnen Fachkräfte und
8672 stärken das Vertrauen in unseren Staat.

8673 4.2.5.2 Arbeitszeit, Personal und Aufgabenkritik 8674 zusammendenken

8675 Schleswig-Holstein muss im Wettbewerb um Fachkräfte attraktiv bleiben. Mehr
8676 Personal allein entlastet aber nicht. Deshalb betreiben wir zugleich konsequente
8677 Aufgabenkritik: Wir prüfen, welche Aufgaben wirklich notwendig sind und welche
8678 wir vereinfachen, digitalisieren, zivil organisieren oder streichen können. Gute
8679 Arbeitsbedingungen und ein handlungsfähiger Staat gehören für uns zusammen. Wer
8680 im Dienst verletzt oder krank wird, darf nicht allein gelassen werden. Wir
8681 prüfen, wie wir Tarifbeschäftigte im Außendienst bei dienstbedingten
8682 Arbeitsunfällen besser absichern können.

8683 4.2.5.3 Wohnungen für Landesbedienstete in angespannten 8684 Wohnungslagen

8685 Besonders in touristisch geprägten Regionen Schleswig-Holsteins, besonders auf
8686 den nordfriesischen Inseln, ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Polizist*innen,
8687 Lehrer*innen, Erzieher*innen und andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst
8688 können sich dort oft kaum noch eine Wohnung leisten – und fehlen genau dort, wo
8689 wir sie brauchen. Wir wollen, dass das Land als Arbeitgeber Verantwortung
8690 übernimmt und im Rahmen der Wohnraumförderung gezielt Wohnraum für
8691 Landesbedienstete in besonders angespannten Wohnungsmärkten fördert. Das kann
8692 über die Landeswohnungsbaugesellschaft, kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder
8693 Kooperationen mit Gemeinden und Kreisen geschehen.

8694 4.2.5.4 Grundbedarfe am Arbeitsplatz sicherstellen

8695 Beschäftigte im öffentlichen Dienst brauchen Arbeitsbedingungen und eine
8696 Ausstattung, die ihren Aufgaben gerecht werden – in der Stadt wie im ländlichen
8697 Raum. Dazu gehören moderne digitale Arbeitsmittel, einsatz- und aufgabengerechte
8698 Fahrzeuge sowie eine verlässliche Ausstattung, die effizientes und sicheres
8699 Arbeiten ermöglicht. Dienstkleidung und notwendige Ausrüstung dürfen nicht zu
8700 privaten Mehrkosten führen. Deshalb prüfen wir, wie wir Pauschalen und
8701 Erstattungen regelmäßig an reale Preisentwicklungen anpassen können.

8702 4.2.6 Schulden- und Insolvenzberatung ausbauen

8703 In Schleswig-Holstein sind rund 100.000 private Haushalte überschuldet. Die
8704 Ursachen dafür sind oft unterschiedlich und individuell: Ob Arbeitslosigkeit,
8705 Erwerbsunfähigkeit, familiäre und gesundheitliche Krisen oder mangelnde
8706 Finanzbildung – für uns GRÜNE ist klar: Menschen in finanzieller oder
8707 wirtschaftlicher Notlage müssen angemessene Unterstützung erhalten und zwar ohne
8708 Scham und Stigmatisierung.

8709 Die Schulden- und Insolvenzberatung ist für uns ein zentrales Instrument, um
8710 soziale Teilhabe zu sichern. Wir werden die Schulden- und Insolvenzberatung im
8711 Land sichern. Wir wollen gezielte Angebote für Beratung kurz vor dem
8712 Schulabschluss sowie gemeinsame Angebote mit der Wohnungslosenhilfe
8713 unterstützen. Dabei setzen wir auf umfassende Aufklärung und Prävention,
8714 vertrauensvolle Beratung und kompetente Hilfe im Ernstfall. Die
8715 Koordinierungsstelle der Schuldner*innenberatung in Schleswig-Holstein leistet
8716 seit Jahren zuverlässige Arbeit. Gemeinsam mit den Stadtwerken im Land, den
8717 Verbraucherzentralen und den Schuldenberatungsstellen wollen wir digitale
8718 Informationsangebote ausweiten und ein flächendeckendes Angebot zur
8719 Stromkostenberatung schaffen – um Stromsperrern zu verhindern.